

Sascha Kneip  
Wolfgang Merkel  
Bernhard Weßels *Hrsg.*

# Legitimitäts- probleme

Zur Lage der Demokratie  
in Deutschland



Springer VS

---

# Legitimitätsprobleme

---

Sascha Kneip · Wolfgang Merkel ·  
Bernhard Weißels  
(Hrsg.)

# Legitimitätsprobleme

Zur Lage der Demokratie  
in Deutschland

 Springer VS

*Hrsg.*

Sascha Kneip  
Wissenschaftszentrum Berlin für  
Sozialforschung (WZB)  
Berlin, Deutschland

Wolfgang Merkel  
Wissenschaftszentrum Berlin für  
Sozialforschung (WZB)  
Berlin, Deutschland

Bernhard Weßels  
Wissenschaftszentrum Berlin für  
Sozialforschung (WZB)  
Berlin, Deutschland

ISBN 978-3-658-29557-8      ISBN 978-3-658-29558-5 (eBook)  
<https://doi.org/10.1007/978-3-658-29558-5>

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, ein Teil von Springer Nature 2020

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von allgemein beschreibenden Bezeichnungen, Marken, Unternehmensnamen etc. in diesem Werk bedeutet nicht, dass diese frei durch jedermann benutzt werden dürfen. Die Berechtigung zur Benutzung unterliegt, auch ohne gesonderten Hinweis hierzu, den Regeln des Markenrechts. Die Rechte des jeweiligen Zeicheninhabers sind zu beachten.

Der Verlag, die Autoren und die Herausgeber gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Verlag, noch die Autoren oder die Herausgeber übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen. Der Verlag bleibt im Hinblick auf geografische Zuordnungen und Gebietsbezeichnungen in veröffentlichten Karten und Institutionsadressen neutral.

Springer VS ist ein Imprint der eingetragenen Gesellschaft Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH und ist ein Teil von Springer Nature.

Die Anschrift der Gesellschaft ist: Abraham-Lincoln-Str. 46, 65189 Wiesbaden, Germany

---

# Inhalt

- 1 Legitimitätskrise der Demokratie in Deutschland? ..... 1  
*Sascha Kneip, Wolfgang Merkel und Bernhard Weßels*

## I Theorie

- 2 Demokratische Legitimität: Ein theoretisches Konzept  
in empirisch-analytischer Absicht ..... 25  
*Sascha Kneip und Wolfgang Merkel*

## II Mikro: Einstellungen und Wissen

- 3 Politische Kultur und politisches Wissen. Politische Unterstützung  
und demokratische Bildung ..... 59  
*Reinhold Melcher und Bernhard Weßels*
- 4 Jugend und Legitimität. Zum Legitimitätsglauben junger Erwachsener .. 79  
*Marcus Spittler*
- 5 Wollen wir uns streiten? Zur Legitimität von Konflikt und  
Kooperation im Parlament ..... 99  
*Theres Matthieß und Sven Regel*
- 6 Strukturiert sozioökonomische Ungleichheit die Legitimitäts-  
wahrnehmungen und Wahlentscheidungen der Bürgerinnen? ..... 125  
*Werner Krause*

### III Meso: Parteien und Regierungen

- 7 Wirtschafts- und Finanzpolitik in Deutschland:  
Demokratische Legitimität und das Unbehagen an der Macht  
der Märkte ..... 155  
*Frederik Beck und Sascha Kneip*
- 8 Negative Parteidentifikationen und demokratische Legitimität:  
(K)ein Grund zur Sorge? ..... 181  
*Robert Vehrkamp und Lars Bischoff*
- 9 ‚Illiberal-demokratische‘ Legitimität.  
Eine konzeptuelle Annäherung und empirische Veranschaulichung  
am Beispiel des Bundestagswahlkampfs 2017 ..... 205  
*Seongcheol Kim*
- 10 Gute Entscheidungen in der Demokratie aus Bevölkerungs-  
und Elitensicht. Perspektiven, Determinanten und Konsequenzen ..... 223  
*Heiko Giebler*

### IV Makro: Strukturen

- 11 Der Wert der Vielfalt: Gesellschaftliche Pluralität, Meinungsvielfalt  
und demokratische Legitimität ..... 255  
*Vanessa Wintermantel*
- 12 Legitimitätsprobleme durch Achsenverschiebungen  
in der Gewaltenteilung ..... 287  
*Saara Inkinen und Sascha Kneip*
- 13 Stärkt die direkte Demokratie die demokratische Legitimität? ..... 317  
*Pola Lehmann und Claudia Ritzi*
- 14 Die Legitimität des Sozialstaats ..... 341  
*Kilian Lüders und Wolfgang Schroeder*
- 15 Demokratische Legitimität und *Democratic Backsliding* ..... 365  
*Alexander Schmotz*

**V Fazit**

16 Zusammenfassung und Ausblick:	
Die neue Zerbrechlichkeit der Demokratie .....	389
<i>Wolfgang Merkel, Sascha Kneip und Bernhard Weßels</i>	

**Anhang**

Umfrage „Demokratiemonitor“ .....	411
-----------------------------------	-----

---

## Autorinnen und Autoren

Beck, Frederik, WZB, Abteilung „Demokratie und Demokratisierung“,  
Kontakt: frederik.beck@wzb.eu

Bischoff, Lars, Bertelsmann Stiftung, Programm Zukunft der Demokratie,  
Kontakt: lars.bischoff@bertelsmann-stiftung.de

Giebler, Heiko, WZB, Abteilung „Demokratie und Demokratisierung“,  
Freie Universität Berlin, Exzellenzcluster „Contestations of the Liberal Script“,  
Kontakt: heiko.giebler@wzb.eu

Inkinen, Saara, WZB, Abteilung „Demokratie und Demokratisierung“,  
Kontakt: saara.inkinen@wzb.eu

Kim, Seongcheol, WZB, Abteilung „Demokratie und Demokratisierung“,  
Kontakt: seongcheol.kim@wzb.eu

Kneip, Sascha, WZB, Abteilung „Demokratie und Demokratisierung“,  
Kontakt: sascha.kneip@wzb.eu

Krause, Werner, WZB, Abteilung „Demokratie und Demokratisierung“,  
Kontakt: werner.krause@wzb.eu

Lehmann, Pola, WZB, Abteilung „Demokratie und Demokratisierung“,  
Kontakt: pola.lehmann@wzb.eu

Lüders, Kilian, WZB, Abteilung „Demokratie und Demokratisierung“,  
Kontakt: kilian.lueders@wzb.eu



Matthieß, Theres, WZB, Abteilung „Demokratie und Demokratisierung“,  
Kontakt: theres.matthiess@wzb.eu

Melcher, Reinhold, WZB, Abteilung „Demokratie und Demokratisierung“,  
Kontakt: reinhold.melcher@wzb.eu

Merkel, Wolfgang, WZB, Direktor der Abteilung „Demokratie und Demokratisierung“, Professor an der Humboldt-Universität zu Berlin,  
Kontakt: wolfgang.merkel@wzb.eu

Regel, Sven, WZB, Abteilung „Demokratie und Demokratisierung“,  
Kontakt: sven.regel@wzb.eu

Ritzi, Claudia, Professorin an der Universität Trier, FB III,  
Kontakt: ritzi@uni-trier.de

Schmotz, Alexander, WZB, Abteilung „Demokratie und Demokratisierung“,  
Kontakt: alexander.schmotz@wzb.eu

Schroeder, Wolfgang, Professor an der Universität Kassel, Fachbereich  
Gesellschaftswissenschaften, WZB, Abteilung „Demokratie und Demokratisierung“,  
Kontakt: wolfgang.schroeder@uni-kassel.de

Spittler, Marcus, WZB, Abteilung „Demokratie und Demokratisierung“,  
Kontakt: marcus.spittler@wzb.eu

Vehrkamp, Robert, Bertelsmann Stiftung, Programm Zukunft der  
Demokratie, WZB, Abteilung „Demokratie und Demokratisierung“,  
Kontakt: robert.vehrkamp@bertelsmann-stiftung.de

Weßels, Bernhard, WZB, Abteilung „Demokratie und Demokratisierung“, Professor an der Humboldt-Universität zu Berlin,  
Kontakt: bernhard.wessels@wzb.eu

Wintermantel, Vanessa, WZB, Abteilung „Demokratie und Demokratisierung“,  
Kontakt: vanessa.wintermantel@wzb.eu



# Legitimitätskrise der Demokratie in Deutschland?

# 1

Sascha Kneip, Wolfgang Merkel und Bernhard Weißels

## Zusammenfassung

Die Bundesrepublik des Jahres 2020 befindet sich in einem paradoxen Zustand. Einerseits scheinen die gesellschaftlichen Diskurse von einer zunehmenden Polarisierung geprägt zu sein, die auch das Vertrauen in die demokratischen Institutionen und Akteure zu unterminieren droht. Konflikte zwischen Oben und Unten, Arm und Reich, Jung und Alt, Ost und West, zwischen den Geschlechtern oder zwischen bildungsaffinen und bildungsfernen Segmenten der Gesellschaft formen weite Teile der öffentlichen Debatten und suggerieren einen sinkenden Legitimitätsglauben innerhalb der bundesdeutschen Bevölkerung gegenüber den tragenden Akteuren, Verfahren und Institutionen, also den tragenden Säulen unserer Demokratie. Andererseits bescheinigen empirische Demokratieindizes der deutschen Demokratie eine so hohe Qualität wie praktisch nie in der bundesdeutschen Geschichte und verweisen auf eine hohe objektive Legitimität des demokratischen Systems und seiner Institutionen. Wie dieses Paradox zwischen subjektivem Legitimitätsglauben und objektiver Demokratieanalyse zu erklären und möglicherweise aufzulösen ist, versuchen diese Einleitung und vor allem die darauf folgenden Beiträge dieses Bands zu ergründen.

## Schlüsselbegriffe

Legitimität, Demokratie, Krisendiskurs, Kapitalismuskrisis, politische Kultur

Die bundesdeutsche Demokratie von heute weist in zentralen Bereichen zweifelsohne eine höhere Qualität auf als ihre Weimarer und Bonner Pendanten oder die Berliner Republik im ersten Jahrzehnt nach der Wiedervereinigung (Democracy Barometer 2018; Merkel und Kneip 2018; V-Dem 2019). Ob sie aber auch stabiler geworden ist, ist zu bezweifeln. In mancher Hinsicht erscheint sie heute fragiler als in den Jahrzehnten davor.

Die Symptomatik ist bekannt: Die gesellschaftlichen Diskurse zeigen sich zunehmend polarisiert. Den politischen Eliten schlägt häufig Verachtung, bisweilen auch Hass entgegen. Regierung und Parlament haben in den letzten zwei Jahrzehnten weiter an Zustimmung bei den Bürgerinnen<sup>1</sup> verloren. Deren Bereitschaft, sich an allgemeinen Wahlen zu beteiligen, ist seit Mitte der 1970er Jahre ebenso gesunken<sup>2</sup> wie ihr Glaube daran, dass ihre Wünsche und Präferenzen von den regierenden Eliten zur Kenntnis genommen werden, geschweige denn etwas an ‚der Politik‘ ändern könnten. Die etablierten Parteien haben auf der linken wie auf der rechtskonservativen Seite Repräsentationslücken hinterlassen, die zur Restrukturierung alter oder gar zum Aufkommen neuer Parteien geführt haben. Auf der Rechten wurde die neue politische Nachfrage mit einem populistischen Angebot geschürt und zunehmend verstärkt. So entstand mit der Alternative für Deutschland (AfD) eine relevante rechtspopulistische Partei, die gegenüber der liberalen Demokratie keine überzeugende Loyalität aufweist. Hinzu kommt, dass aus einer exponiert kritischen Perspektive der deutschen wie anderen etablierten Demokratien postdemokratische Zustände (Crouch 2004) und „Simulationen“ (Blühdorn 2013) vorgeworfen wurden. Diese knappen Charakterisierungen aus wissenschaftlichen Diskursen und öffentlichen Debatten sind nur einige Streiflichter, die in den letzten Jahren auf die dunklen Flecken unserer Demokratie geworfen wurden (Brühlmeier und Mastronardi 2016; Funke und Nakschbandi 2017; Levitsky und Ziblatt 2018; Mounk 2018; Lammert und Vormann 2019).

Was bedeuten diese Flecken aber für die Demokratie in Deutschland? Wie groß und wie hässlich sind diese eigentlich? Erodieren tatsächlich auch in der Bundesrepublik die Legitimitätsfundamente der liberalen Demokratie, wie dies dutzende Bücher für die real existierenden westlichen (und erst recht die östlichen) Demokratien behaupten? Ist das siebzig Jahre alte normative und institutionelle Fundament stabil genug, damit auf ihm weiterhin eine gute demokratische Ordnung

- 
- 1 Wir verwenden hier und in diesem Band in der Regel das generische Femininum, wenn Personen aller Geschlechter gemeint sind.
  - 2 Dies gilt nicht für die letzte Europawahl, die Bundestagswahl 2018 und die ein oder andere Landtagswahl der letzten Jahre. Ob dies eine echte Trendwende ist, lässt sich heute noch nicht beurteilen.

funktionieren und bestehen kann? Oder gehen mit dem anschwellenden Rechtspopulismus den Demokratien im Allgemeinen und der bundesdeutschen Demokratie im Besonderen die überzeugten Demokraten aus? Sind die Pfeiler und Institutionen der liberalen Demokratie renovierungs- oder gar modernisierungsbedürftig? Dies sind Fragen, denen sich das vorliegende Buch theoretisch wie empirisch unter dem Blickwinkel der demokratischen Legitimität widmen will. Brauchen wir eine neue Legitimitätsdebatte in unseren liberalen Demokratien?

In der Bundesrepublik Deutschland gab es, anfangs der 1970er Jahre, schon einmal eine Legitimitätsdebatte zur Demokratie. Sie fand allerdings unter anderen wirtschaftlichen, politischen und ideologischen Voraussetzungen statt. Von heute aus betrachtet ist erstaunlich, dass die 68er-Bewegung damals zwar mit einer kulturellen Revolution die verkrusteten politischen Strukturen, Verhaltensweisen und Einstellungen der konservativ formierten bundesrepublikanischen Gesellschaft zu modernisieren begann, dass aber dennoch die Ökonomie im Wesentlichen der Ausgangspunkt des wissenschaftlichen Legitimitätsdiskurses war. Die kapitalistische Wirtschaftsform wurde als jener problemverzeugende Bereich identifiziert, der die anderen Teilsysteme des demokratischen Systems – wie das Politische, aber auch das Kulturelle – im Spätkapitalismus überformt, schwächt und möglicherweise auf sein Ende zutreiben lässt. Die Legitimitätskrise der Demokratie wurde aus einer neomarxistischen Perspektive heraus als eine direkte Folge kapitalismusgetriebener Krisen gedeutet, die auf einen „politisch-administrativen Apparat“ (Habermas 1973) treffen, der zur Bewältigung dieser Krise weder die notwendigen fiskalischen Ressourcen noch die politischen Steuerungspotenziale mobilisieren könne. Die Folge seien Fiskal- (O'Connor 1973), Struktur- (Offe 1972) und Legitimationskrisen (Habermas 1973), die von der Makroebene des „Systems“ auf die Mesoebene der Institutionen und Organisationen bis auf die Mikroebene der individuellen Loyalitäts- und Motivationsdispositionen der Bürgerinnen (Motivationskrise) gegenüber dem „spätkapitalistischen Staat“ durchsickern (ebd.).

Wie wir heute wissen, war diese Analyse zwar keineswegs falsch, in ihrem Alarmismus aber einerseits zu pessimistisch und in ihrer Fokussierung auf die Ökonomie andererseits zu eng. Insbesondere die Zukunft des Kapitalismus wurde zu skeptisch beurteilt. Aus dem „Spätkapitalismus“ wurde sehr bald ein neoliberaler Finanzkapitalismus, der vitaler denn je die politischen Handlungsmöglichkeiten der Demokratie einschränkte (Merkel 2014), ohne dass aber paradoxerweise die Massenloyalität zur Demokratie nachhaltig Schaden nahm; erst in den letzten Jahren ist die Zustimmung zum konkreten Funktionieren der Demokratie in vielen Ländern deutlich gesunken. Der damalige Fokus auf den spätkapitalistischen Staat und seine mangelhaften Handlungsspielräume gegenüber der krisenanfälligen kapitalistisch-ökonomischen Basis ist also nach wie vor aktuell. Ebenso wenig

auszuschließen ist heute eine Legitimationskrise der politischen Institutionen und Organisationen, wie sie damals prognostiziert wurde, bis hin zur Gefahr einer massenhaften Abwendung der Bürgerinnen vom demokratischen Gesamtsystem. Das alles ist nach wie vor nicht falsch, allerdings haben wir es heute auf politischer Ebene zusätzlich mit illiberalen Angriffen auf die liberalen Werte und Gehalte der Demokratie, auf die Bürger- und Minderheitenrechte, die Gewaltenteilung und andere Freiheitsrechte zu tun, die in der Analyse der 1970er Jahre noch kaum eine Rolle spielten. Diese Angriffe ziehen ebenfalls Legitimationsfragen nach sich, verschieben sie aber vom Ökonomischen zum Politischen. Wenn im Krisendiskurs der 1970er Jahre der politische Liberalismus überhaupt erwähnt wurde, dann eher negativ im Sinne seiner repressiven Toleranz zur Legitimitätssicherung der spätkapitalistischen Herrschaftsverhältnisse. Der lange Schatten von Herbert Marcuse war hier noch gegenwärtig. Krisen entstanden nicht aus der politischen Sphäre selbst, sondern stets nur aus der kapitalistischen Basis heraus. Die zentrale Konfliktlinie war jene sozioökonomische zwischen Links und Rechts, Kapital und Arbeit. Eine kulturelle Konfliktlinie, die sich jenseits vom Kapitalismus, der Verteilung und der Wirtschafts- wie Sozialsteuerung entwickeln könnte, wurde nicht gesehen. Allerdings verloren aus Sicht der Kapitalismuskritiker schon damals die traditionellen Parteien des Wohlfahrtsstaates an legitimatorischer Bindungskraft. Den tragenden demokratischen Institutionen, falls sie überhaupt ins Bild rückten, wurde wenig zugetraut. In gewisser Hinsicht verkörperten sie – noch ganz marxistisch – den bürgerlichen Überbau der (spät-)kapitalistischen Herrschaft. Gegen die kapitalistische Demokratie traten allerdings weder die Arbeiterklasse noch deprivierte, enttäuschte oder kulturell reaktionäre Kräfte an, sondern progressive Akteure der Intelligenz und gebildeten Mittelschichten, die die kapitalistische Demokratie zumindest in eine sozialistische transformieren wollten.

In den USA und in Westeuropa entspann sich fast zeitgleich eine neokonservative Antwort auf die linke Legitimationsdebatte. Sie wurde im Auftrag der Trilateralen Kommission von Michel Crozier, Samuel Huntington und Joji Watanuki formuliert (1975). Die drei prominenten Autoren sahen ebenfalls in der Überlastung des Staates die zentrale Ursache einer Legitimations- und Handlungskrise der Demokratie. Jedoch machten sie nicht die kapitalistische Wirtschaftsform dafür verantwortlich, sondern kritisierten geradezu im Gegensatz, dass die demokratischen Regierungen auf der Suche nach Zustimmung unter den Bürgern zu viele und zu komplexe Aufgaben aus Wirtschaft und Gesellschaft an sich gezogen hätten, die nicht zu den klassischen Staatsaufgaben gehörten. Zusätzlich sei die politische Partizipation so ausgedehnt worden, dass sie lösungsgerechte und klare Entscheidungen nicht bereichere, sondern behindere. Die liberaldemokratischen Regierungen zahlten, so die Autoren, einen hohen Preis für eine fehlgeleitete Partizipationsüberhöhung. Über die

Ausdehnung der Staatsausgaben auf die soziale Sicherung einerseits und die Beteiligung der Bürgerinnen andererseits habe man keine neuen Legitimitätsressourcen für das demokratische System mobilisiert, sondern sich selbst eine Legitimitätsfalle gegraben, aus der der Staat nur herausfände, wenn er sich der „überflüssigen“ Aufgaben entledigte und stärker hierarchisch als partizipativ entscheide. Der Report der Trilateralen Kommission ruht normativ auf einem schlanken, wirtschaftsliberalen Staatsverständnis und einem elitär-partizipationsarmen Demokratiebegriff, wie er nicht zuletzt bei Joseph A. Schumpeter (1950) zu finden ist.

Rund fünfundzwanzig Jahre nach der dezidierten Bejahung einer Legitimitätskrise durch spätmarxistische Theoretiker und neokonservative Autoren erschien dann im Jahr 1997 ein Buch zur „Politische(n) Legitimität in Deutschland“. Vor dem Hintergrund eines weitverbreiteten Demokratieoptimismus, wie er auf dem Höhepunkt der dritten Demokratisierungswelle im kapitalistischen Westen quasi hegemonial geworden war (vgl. u. a. Fukuyama 1989, 1992; kritisch: Merkel 2010), weigert sich der Autor des Buches, Martin Greiffenhagen, von einer Legitimitätskrise in Deutschland zu sprechen. Er sieht keinen Verfall der demokratischen Legitimität, sondern konstatiert etwas unpräzise einen „vielschichtigen Wandel“ (Greiffenhagen 1997, S. 399). Anders als die theoretisch-normativen Betrachtungen auf der Makroebene des ökonomisch-politischen Systems durch Jürgen Habermas, Claus Offe und verwandte Autoren fokussierte Greiffenhagen seine Analyse auf die Mikroebene von Umfragedaten zur politischen Kultur im Deutschland der 1990er Jahre. Selbst wenn es singuläre krisenhafte Zuspitzungen gäbe, so lässt sich seine zentrale Aussage zusammenfassen, unterstütze „eine breite Mehrheit nicht nur das Ordnungsmodell der Demokratie, sondern auch ihre politische Praxis“ (ebd., S. 367). Die deutsche Demokratie, so der Autor, lasse sich sowohl auf der systemischen Makroebene als auch infolge der mehrheitlichen Akzeptanz der politischen Praxis auf der Mesoebene und einer wetterfesten demokratischen politischen Kultur auf der Mikroebene als insgesamt stabil kennzeichnen. Wenn es partikuläre Probleme gäbe, rührten diese nicht zuletzt aus der fortschreitenden Individualisierung (Beck 1986) und den damit verbundenen Pluralisierungstendenzen der Gesellschaft. Insbesondere die Behauptung, dass die Bürgerinnen die politische Praxis der Demokratie tatsächlich noch so vorbehaltlos unterstützen wie von Greiffenhagen unterstellt, steht heute infrage.

Drei Problemkomplexe spielten in Greiffenhagens Legitimitätsstudie eine besondere Rolle: der Sozialstaat, die Expertokratie und die Wiedervereinigung. Diese sind noch immer relevant und werden, unter anderem, auch die Legitimitätsanalysen dieses Bands interessieren.

Dem *Wohlfahrtsstaat* kommt in der Demokratie früher wie heute eine wichtige legitimatorische Funktion zu, die nicht einfach durch freie Märkte ersetzt werden

kann. In Greiffenhagens Analyse spielt er auch deshalb eine bedeutsame Rolle, weil sich eine „Bedeutungsverschiebung“ vollzogen hat weg von „historisch-patriotischen Legitimationsquellen zu Unterstützungsleistungen, deren Gründe in sozialpolitischen Strukturen, Prozessen und Strategien zu suchen sind“ (Greiffenhagen 1997, S. 400). Ein funktionierender Sozialstaat sei deshalb funktional notwendig, weil er als „Bollwerk gegen delegitimierende Ängste“ wirkt, „die bei immer mehr Bürgern anzutreffen sind, welche in Not geraten“ (ebd., auch S. 180). Würde versucht, den Sozialstaat substanziell zurückzuschneiden, wären die „dysfunktionalen Folgen auf legitimatorischem Feld kaum abzuschätzen“ (ebd., S. 196). Auch soziale Ungleichheit und Armut werden schon damals als besondere Herausforderung benannt, die die Legitimität des politischen Gesamtsystems beeinträchtigen können (ebd., S. 200, 205, 251ff.). Mit zunehmender Einflussnahme des Staates auf Fragen des Sozialen stiegen zudem die Erwartungen und Sicherungsansprüche an den Staat, der die Konsequenzen der Individualisierung und Pluralisierung mit sozialpolitischen Instrumenten bearbeiten müsse (ebd., S. 205). In Greiffenhagens Legitimitätsdiskussion erkennt man noch die klassische sozialdemokratische Trias der Nachkriegsjahrzehnte des 20. Jahrhunderts: Wirtschaftssteuerung, Umverteilung und sozialstaatliche Sicherheit. Sie waren (und sind) die demokratischen Legitimitätsstrümpfe in einem kapitalistischen Wirtschaftssystem, das fortwährend Ungleichheit und wirtschaftliche Notlagen produziert. Ein ausgebautes System der Sozialpolitik erzeugt Zustimmung der Bürgerinnen und immunisiert die demokratischen politischen Institutionen gegen systemtranszendierende Kritik.

Zwei Jahrzehnte später mehren sich jedoch die Zeichen, dass hier eine Überschätzung des Wirtschaftlichen und des Sozialen gegenüber dem genuin Politischen vorliegt. Legitimationsprobleme speisen sich längst nicht mehr – haben es wohl auch nie getan – nur aus wirtschaftlichen oder sozialen Dysfunktionalitäten oder Ungerechtigkeiten, sondern auch aus politisch-kulturellen Komponenten. Dies zumindest muss aus den Konfliktanalysen und Demokratiedebatten des letzten Jahrzehnts geschlossen werden. Ob und gegebenenfalls wie sich die legitimatorische Herausforderung der Demokratie aus dem Politischen real oder diskursiv selbst erzeugt, wird für die vorliegenden Analysen eine wichtige Rolle spielen, weil gerade hier einer der kardinalen Unterschiede zwischen der Legitimitätsdiskussion der 1970er und 1990er Jahre zur gegenwärtigen Krisendiskussion zu liegen scheint.

Ein zweiter Problemkontext betrifft die besondere gesellschaftliche Nachfrage nach *Führung* und *Expertentum* in der Politik, die zugleich aber demokratisch defizitär bleibt. Insbesondere bei den westdeutschen Eliten ließ sich in den 1990er Jahren eine besorgniserregende „Neigung zu technizistischer Abschließung, sektoraler Verengung, fehlendem Austausch und sozialer Undurchlässigkeit“ feststellen (Greiffenhagen 1997, S. 126). Mangelhafte demokratische Responsivität,

eine lückenhafte Repräsentativität des Parteiensystems und die damit verbundenen Legitimitätsdefizite des Parlaments stellen nach wie vor ernstzunehmende Probleme dar. So waren nach den Daten des European Social Survey im Jahr 2014 mehr als 70 Prozent aller befragten Deutschen der Meinung, dass sich „Politiker nicht für das interessieren, was die Bürger denken“ (ESS 7-2014), und nur etwas mehr als 15 Prozent der Bürgerinnen glaubten im Jahr 2016, dass sie „Einfluss auf das Handeln der Regierung“ nehmen könnten (ESS 8-2016). War diese ‚Politikverdrossenheit‘ früher meist mit politischer Apathie verknüpft, ist sie heute einer Repolitisierung und Polarisierung der Gesellschaft gewichen, die möglicherweise nun wiederum zum Problem für die demokratische Legitimität wird – etwa wenn etwa empirisch solide konstatiert werden kann, dass eine höhere Wahlbeteiligung und ein regeres Interesse an zentralen politischen Fragen entstanden ist und mit polarisierten Diskursen in der Gesellschaft erklärt werden kann. Politikverdrossenheit meint also eher Politiker- oder Elitenverdrossenheit. Aber auch dies droht eine negative Wirkung auf die empirische Legitimität der Demokratie zu haben. Diese Wirkungen müssen präziser als bisher empirisch geortet und in ihren Ursachen wie Konsequenzen theoretisch erklärt werden.

Auch das dritte Legitimitätsproblem der 1990er Jahre, die *Wiedervereinigung* von West- und Ostdeutschland, hat bis heute nichts von seiner Brisanz verloren. Die Vermittlung zwischen unterschiedlichen politischen Kultur- und Legitimitätsstandards, die sich in vierzig Jahren deutsch-deutscher Teilung (auseinander-) entwickelt haben, ist auch im Jahr 2020 noch nicht zufriedenstellend geleistet. So muss in der Tat gefragt werden, wieweit die Unterschiede zwischen Ost und West verschwunden sind und ob die verbliebenen Differenzen eine Bereicherung oder eine Herausforderung der demokratischen Legitimität in der Bundesrepublik darstellen. Eine stärkere Wahlpräferenz für die AfD, offen fremdenfeindliche Demonstrationen (Pegida) und eine größere Häufigkeit rechtsextremer Gewalttaten in Ostdeutschland (bei gleichzeitig niedrigerer Gewaltkriminalität) weisen eher auf neue Problemlagen hin, die in einer Untersuchung zur Legitimität der bundesdeutschen Demokratie auch dreißig Jahre nach dem Mauerfall adressiert werden müssen.

Die Bundesrepublik kann insgesamt sicher, in Übereinstimmung mit Sidney Verbas und Gabriel Almonds *Civic-Culture-Revisited*-Studie (1980), als eine stabile Demokratie gelten. Dazu beigetragen hat auch der generationell bedingte Umbruch im Selbstverständnis der Bürgerinnen in der Nachkriegszeit, insbesondere seit Ende der sechziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts. „Die Hochschätzung des ‚deutschen Wesens‘“, so Greiffenhagen (1997, S. 71), „verschwindet zugunsten einer verfassungspatriotischen Einstellung“. Auch heute gilt, dass sich der empirische Legitimitätsglaube vor allem an den demokratischen Idealen eines demokratischen Konstitutionalismus orientiert. Allerdings spielt der Patriotismus als traditions- und



herkunftsbezogenes ‚Wir-Gefühl‘ offenbar noch immer eine Rolle. Angesichts der prinzipiell republikanischen politischen Kultur, wie sie sich in Deutschland seit 1945 entwickelt hat, stellt dies vermutlich kein großes Problem dar. Der Umgang mit Multikulturalismus und ‚Ausländerzuwanderung‘ (ebd., S. 106f.) scheint aber zumindest für Teile der Bevölkerung nach wie vor eine Herausforderung für die politische Identität darzustellen. In unserer Legitimitätsstudie wird deshalb auch die Frage zu prüfen sein, ob ein Vierteljahrhundert nach Greiffenhagens Studie die Kluft zwischen national oder gar nationalistisch eingestellten Bürgerinnen einerseits und einem inzwischen kosmopolitisch gewendeten Verfassungspatriotismus andererseits die Züge eines spaltenden Legitimitätskonflikts in Deutschland angenommen hat. Ein rational begründetes Verfassungsverständnis könnte sich für bestimmte, etwa nationalistisch eingestellte, Bevölkerungsgruppen als zu dünn erweisen, um dicke Legitimität für die bundesrepublikanische Demokratie zu erzeugen. Eine vermeintlich dicke, aus ethnischem Nationalismus gespeiste Identität dürfte jedoch die größte Herausforderung für unsere liberale Demokratie darstellen.

Die mögliche Wiederkehr der ‚politisch-kulturellen Frage‘ deutet darauf hin, dass sich die Krisen- und Legitimitätsdebatte rund fünfundzwanzig Jahre nach Greiffenhagens Studie und ein halbes Jahrhundert nach den Analysen von Habermas, Offe und Co. verschoben hat. Die auslösenden Faktoren für die Malaisen und Legitimitätskrisen der gegenwärtigen Demokratie werden nicht mehr nur im Ökonomischen oder Sozialen gesehen. Hinzu kommen heute solche Legitimitätsprobleme, die ihren Ausgang und ihre Ursache im Politischen selbst haben. Legitimitätskrisen werden im Jahr 2020 nicht nur durch die suboptimale Verarbeitung ökonomischer Krisen oder durch kapitalistische Triumphe über das politische System ausgelöst, sondern auch durch eine mangelhafte politisch-kulturelle Integrationsleistung dieses politischen Systems. Repräsentationsverluste der tragenden repräsentativen Institutionen, Organisationen und Verfahren beispielsweise, die heute als (eine) wesentliche Ursache für die Legitimationsverluste der liberalen Demokratie gesehen werden, haben ihren Ursprung nicht im Ökonomischen, sondern sind häufig auf genuin politische Handlungen, Entscheidungen oder Orientierungen zurückzuführen. Hinzu treten solche Legitimitätsverluste, die indirekt durch eine suboptimale Verarbeitung ökonomischer (und anderer) Herausforderungen entstehen, etwa die Vertrauensverluste in die Handlungsfähigkeit von Staaten und Regierungen im Zeitalter einer globalisierten Finanzwirtschaft oder individuelle Kontrollverlustängste von Bürgerinnen, die (auch) infolge mangelnder Problemverarbeitung durch das politische System ausgelöst werden (Heitmeyer 2018). Offenkundig bedarf es aber nicht mehr unbedingt einer vorausgehenden wirtschaftlichen Krise, damit Legitimitätsverluste entstehen. So gibt es Anzeichen, dass weniger die Krisen als der durchschlagende Triumph eines globalisierten Finanzkapitalismus der

Demokratie Schaden zufügt und an ihrem Legitimitätskleid zerrt (Merkel 2014). Auch unter den Bedingungen der langanhaltenden ökonomischen Prosperität nach der großen Finanzkrise haben die tragenden Akteure, Institutionen und Verfahren der repräsentativen Demokratie an Ansehen und Unterstützung seitens der Bürgerinnen verloren.

Gegen eine ökonomistische Verkürzung von potenziellen Krisenursachen der Demokratie sprechen auch die beiden einschneidenden Krisen der letzten fünfzehn Jahre in der Bundesrepublik Deutschland. Der gravierende Einbruch der Finanzmärkte 2008 und die Eurokrise in den nachfolgenden Jahren hat, anders als von Jürgen Habermas in den Legitimationsproblemen des Spätkapitalismus vorausgesagt, eine erstaunliche Koordinations- und Handlungsfähigkeit der betroffenen Regierungen gezeigt. Dies gilt besonders für Deutschland. Zwar wurden Banken und damit private Verluste – wieder einmal – mit öffentlichen Geldern gerettet, aber eine Kettenreaktion bis zu einer politischen Legitimitätskrise wurde verhindert (siehe zum Vertrauen der bundesdeutschen Bevölkerung in das Funktionieren der Demokratie z. B. die entsprechenden Daten des Eurobarometers). Dies schließt allerdings nicht aus, dass die kapitalismustypische ungleiche Lastenverteilung längerfristig auch Legitimitätserosionen und Zynismus unter den Bürgerinnen gegenüber einem als unfair handelnd angesehenen Staat evozieren könnte.

Die zweite einschneidende Krise war politischer Natur. Auslöser war die politische Entscheidung der Großen Koalition 2015/16, die Grenzen vor Flüchtlingen unterschiedlicher Herkunft nicht zu schließen beziehungsweise lange nur mangelhaft kontrolliert offenzuhalten. Hinter der Entscheidung stand nicht nur die regierende Koalition, sondern die ganz überwiegende Mehrheit der politischen Eliten in der Republik. Die Bevölkerung hingegen war in Befürworter und Gegner dieser Entscheidung tief gespalten. In der Folge wuchs die Ablehnung dieser Form der Flüchtlingspolitik in Teilen der Bevölkerung, das Legitimitätsverständnis von politischen Eliten und Teilen der Bevölkerung fiel sichtbar auseinander. Der rechtspopulistischen und bürgerlich-reaktionären Alternative für Deutschland (AfD) öffnete sich damit ein Gelegenheitsfenster, sich von einer marginalen rechtskonservativen Partei zu einem relevanten rechten Akteur im Parteiensystem zu entwickeln. Die AfD gewandete sich rechtspopulistisch und avancierte mit nationalistischen und xenophobischen Programmofferten zur entscheidenden Oppositionskraft gegen die ‚etablierte Politik‘ in der Bundesrepublik (Schröder und Weßels 2019).

Die Krise war also *politisch* herbeigeführt und ihre Folgen blieben in der politischen Sphäre. Ob sie zu einer dauerhaften Schwächung der Demokratie in Deutschland führt, bleibt abzuwarten. Allerdings gibt es deutliche Anzeichen, dass die politisch induzierte Krise zu verschärften Legitimitätsproblemen der etablierten politischen Eliten, Parteien und Institutionen geführt hat. Wie tief

und wie verbreitet diese Probleme sind, sollen die Einzelanalysen unserer Legitimitätsstudie zeigen. Deutlich wurde aber in Deutschland – wie in vielen anderen west- und osteuropäischen Demokratien auch –, dass politische Entscheidungen oder Nichtentscheidungen auch ohne wirtschaftliche Treiber zu Legitimitätskrisen führen können. In Zeiten einer nationalistisch-reaktionären und einer kosmopolitisch-liberalen Identitätspolitik könnten solche politisch-kulturellen Konflikte zum Standard politischer Legitimitätskrisen in den westlichen Demokratien werden. Von dieser problematischen Rückkehr des Politischen und Identitär-Nationalen sowie seiner Teil-abkopplung vom Ökonomischen wird auch die Demokratie in Deutschland nicht verschont bleiben. Unsere Analysen sollten sich dieser Frage vermehrt widmen und die unterschiedlichen Auslöser und Dynamiken sowohl in ihrer Autonomie wie in ihrer Interdependenz vorurteilsfrei in den Blick nehmen.

Gleichwohl: Die tiefer gehende kulturell-politische Wende der gegenwärtigen Legitimitätsdebatte leidet ebenso an der Einseitigkeit des Politischen wie man der neomarxistischen Debatte einen ökonomistischen Bias vorwerfen kann. *Bringing the political back in* ist ein wichtiger Imperativ unserer Analysen. Allerdings darf uns das nicht wirtschafts- und sozialvergessen machen. Politische Institutionen und Akteure sind stets eingebettet in Wirtschaft und Gesellschaft. Zudem folgt der Kapitalismus anderen Prinzipien, Motiven und Dynamiken als die Demokratie (u. a. Streeck 2013; Merkel 2014; Picketty 2014; 2019; Kocka und Merkel 2015). Der Kapitalismus produziert soziale Ungleichheit, die Demokratie beruht auf rechtlicher und politischer Gleichheit. Deshalb können Legitimitätsprobleme der Demokratien nie aus dem Politischen allein gedeutet werden. Wirtschaftliche und politische Probleme können gleichermaßen Legitimitätsprobleme der Demokratie auslösen oder befrieden. Erst die unterschiedlichen Perspektiven, wie sie auch in diesem Buch versammelt sind und in ihren möglichen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Interdependenzen zusammengeführt werden sollen, ermöglichen eine Gesamtschau der Legitimitätsentwicklung unserer Demokratie.

---

## 1 Die Studie

Ziel der vorliegenden Studie ist die Bestandsaufnahme des Legitimitätszustands und der Legitimitätsdefizite der bundesdeutschen Demokratie im Jahr 2019 anhand ausgewählter Problembereiche. Analog zur oben kurz andiskutierten Unterscheidung in Mikro-, Meso- und Makroebene demokratischer Legitimität untersuchen die Beiträge des vorliegenden Bands einerseits Fragen demokratischer Einstellungen, Präferenzen und Werte; andererseits mögliche Legitimitätsdefizite politischer

Vermittlungsinstanzen wie Parteien, Parlamenten oder Regierungen sowie strukturelle Legitimitätsbringungen und -defizite, etwa im Bereich des Sozialstaats oder der Gewaltenteilung. Das Konzept des Defizits ist im Zusammenhang mit unseren Fragen zentral. Es dient dazu, Probleme operational kenntlich zu machen. Mit anderen Worten: Probleme, hier Legitimitätsprobleme, bestehen dann, wenn Defizite bestimmt werden können, also eine Differenz zwischen wünschenswertem und realem Zustand existiert. Die Maßstäbe respektive die Kriterien, an denen die Realität zu messen ist, können diesbezüglich in verschiedenen Dimensionen liegen, im Kern geht es aber immer um die Differenz zwischen einem *Sollen* und einem *Sein*. Für das Sollen werden hier entsprechend unseres Legitimitätskonzepts zwei Maßstäbe in Anschlag gebracht: zum einen die Erwartungen, die sich aus *demokratiethoretischer Perspektive* ergeben (liberaldemokratisches Konzept der *embedded democracy* (Merkel 2004)), zum anderen die *Erwartungen der Bürgerinnen* an die Demokratie. Aus diesen beiden Maßstäben ergeben sich drei Vergleichsperspektiven, die jeweils Probleme der Legitimität aufspüren können:

- eine Differenz zwischen den Vorstellungen der Bürgerinnen und ihrer Wahrnehmung der Realität in der Demokratie
- eine Differenz zwischen den theoretisch begründeten normativen Maßstäben an die Demokratie und ihrer Praxis
- eine Differenz zwischen den Vorstellungen und Maßstäben der Bürgerinnen und den theoretisch begründeten normativen Maßstäben an die Demokratie

Um die Perspektive der Bürgerinnen empirisch zu bestimmen, haben wir auf der Grundlage eines ausdifferenzierten Legitimitätskonzepts der Demokratie (siehe Kap. 2) in einer großen Umfragestudie, dem sogenannten Demokratiemonitor, ihre Einstellungen, Perzeptionen und Bewertungen der Demokratie in Deutschland gemessen. Dabei geht es zentral um die normativen Erwartungen der Bürgerinnen an die Demokratie und ihre Beurteilung der demokratischen Praxis. Derartige Fragen können sich nicht nur global auf die Regimeebene beziehen. Die Praxis der Demokratie wird maßgeblich durch Institutionen und Akteure geprägt – Realitätsebenen, die für die Bürgerinnen wahrnehmbar und beurteilbar sind. Dementsprechend richten sich unsere Fragen auf verschiedene Ebenen der Demokratie: das Regime und seine Institutionen, die politischen Autoritäten und die wahrgenommenen Outputs und Outcomes. Dementsprechend haben wir die Organisationen, Institutionen und Verfahren der Demokratie in folgende Sphären ausdifferenziert: Wahlen, Parteien, Parlamente, Regierung, Gewaltenteilung, Eliten, Zivilgesellschaft und Finanzkapitalismus. Auf diese Bereiche wollen wir aus mindestens einer der drei genannten Perspektiven blicken, um die jeweils spezifischen Legitimitätsprobleme

und Legitimitätspotenziale der bundesrepublikanischen Demokratie zu erfassen. Ziel aller Beiträge ist es, subjektive und objektive Legitimitätskomponenten und gegebenenfalls ihr Zusammenspiel in den Blick zu nehmen und auf dieser Basis für relevante Teilbereiche Antworten auf die Frage zu geben, wie es um die Legitimität der Bundesrepublik im Jahr 2019 bestellt ist.

Dem Demokratiemonitor liegt eine Online-Umfrage zu politischen Einstellungen im Allgemeinen und spezifischen Einstellungen zur Demokratie zugrunde. Die Stichprobe ist repräsentativ für die wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland. Die Umfrage wurde im Auftrag der Bertelsmann Stiftung von der YouGov Deutschland GmbH in drei Befragungswellen zwischen Mai und Juli 2019 durchgeführt. Die Fragebögen wurden von einem gemeinsamen Team der Abteilung „Demokratie und Demokratisierung“ am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), der Bertelsmann Stiftung und YouGov konzipiert. In der ersten Basiswelle wurden 10 000 Befragte interviewt, die aus einem Online-Access-Panel mit rund 200 000 Panelisten gezogen wurden. Für die Durchführung der Wellen 2 und 3 wurden die Teilnehmer aus der Basiswelle wieder eingeladen, um eine möglichst vollständige Studienteilnahme zu gewährleisten. Dabei lagen die Recontact-Quoten in Welle 2 bei 83 Prozent (von einer Grundgesamtheit von 10 351) und in Welle 3 bei 73 Prozent (von einer Grundgesamtheit von 10 495). In Summe haben somit 7 693 Befragte an allen drei Wellen teilgenommen. Um die Stichprobengröße von mindestens 10 000 Befragten pro Welle sicherzustellen, wurden die Welle 2 auf 10 351 und die Welle 3 auf 10 495 Teilnehmerinnen repräsentativ aufgestockt. Die Basiswelle umfasst 4 588 Männer und 5 412 Frauen, 8 006 Befragte stammen aus den alten Bundesländern und 2 345 Befragte aus den neuen Bundesländern.

Um die Repräsentativität der Umfrage sicherzustellen, wurde die Stichprobe nach Alter, Geschlecht, Bildung und den Nielsen-Regionen<sup>3</sup> quotiert. Die resultierende Stichprobe wurde zusätzlich auf Basis des Mikrozensus gewichtet, um Abweichung von den Quoten auszugleichen. Die Ergebnisse der Umfrage können somit – unter Berücksichtigung der bei Repräsentativumfragen unvermeidlichen statistischen Unschärfe von etwa drei Prozentpunkten – auf die deutsche wahlberechtigte Gesamtbevölkerung ab 18 Jahren verallgemeinert werden.

---

3 Nielsen-Regionen entsprechen einer Aufteilung Deutschlands durch das amerikanische Marktforschungsinstitut A.C. Nielsen in sieben Großregionen und 13 Ballungsräume nach Kaufkraft und Kaufverhalten.

## 2 Die Beiträge dieses Bands

Was genau unter „demokratischer Legitimität“ zu verstehen ist, definiert der Beitrag von *Sascha Kneip* und *Wolfgang Merkel* zum Auftakt dieses Bands. Er dient zugleich als theoretische Grundlegung für die folgenden empirischen Legitimitätsanalysen, indem er das gemeinsame Legitimitätskonzept definiert, die dazugehörenden Komponenten voneinander abgrenzt und mithilfe eines Prozessmodells eine genauere empirische Diagnose und Analyse denkbarer Legitimitätsdefizite ermöglicht. Kernidee des vorgeschlagenen Konzepts ist die analytische Trennung zwischen der normativen und der empirischen Dimension von Legitimität, die für die empirische Analyse anschließend wieder konzeptionell integriert werden. Um beurteilen zu können, ob ein spezifisches demokratisches System Legitimität für sich beanspruchen kann oder nicht, reicht es weder aus, nur auf die empirische Zustimmung der Bürgerinnen zu diesem System – den Legitimitätsglauben – zu blicken, noch, die normative Güte eines demokratischen Institutionensystems alleine anhand normativer Prinzipien zu bewerten, die von den konkreten Einstellungen, Werten und Normen einer Gesellschaft abstrahieren. Die Analyse *demokratischer Legitimität* muss vielmehr beide Dimensionen beachten beziehungsweise analytisch erfassen. Um von vollausgeprägter demokratischer Legitimität sprechen zu können, sollten beide Dimensionen hinreichend ausgeprägt sein und zueinander sprechen. Mit der vorgeschlagenen Differenzierung wird zudem eine genauere empirische Analyse von Legitimitätsdefiziten möglich, die auch potenzielle Verschiebungen innerhalb der demokratischen Legitimitätsachsen sichtbar machen kann.

Wie wichtig politisches Wissen für die Herausbildung und die Ausprägung eines (demokratischen) Legitimitätsglaubens der Bürgerinnen ist, zeigt der Beitrag von *Reinhold Melcher* und *Bernhard Weßels*. Eine generalisierte Unterstützung für die Demokratie bildet sich, wie die Autoren am Beispiel von Wahlen und Parteien verdeutlichen, vor allem über die konkrete Beurteilung politischer Vorgänge und Akteure und den Abgleich von gewünschten und wahrgenommenen Leistungen der Demokratie heraus. Der Abgleich zwischen „Soll“ und „Ist“, wie ihn die Bürgerinnen bewusst oder unbewusst vornehmen, verdichtet sich zu einem generalisierten Urteil über die Demokratie. Sein demokratischer Gehalt wiederum scheint abhängig davon zu sein, was die Bürgerinnen über das politische System, seine Institutionen, Verfahren und Akteure tatsächlich wissen. Die generalisierte Unterstützung der Demokratie hängt also einerseits von konkreten Performanzbeurteilungen ab, andererseits vom politischen Wissen der Bürgerinnen selbst. Politisches Wissen wird damit zu einer wichtigen individuellen Ressource, durch die die Abwehrfähigkeit der Demokratie gegen antidemokratische Kräfte gestärkt werden kann.

Nun stehen gerade Wahlen und Parteien derzeit nicht gerade in dem Ruf, bei den Bürgerinnen hoch angesehen zu sein und so zu einem großen generalisierten Vertrauen in die bundesdeutsche Demokratie beizutragen. Die Zukunft der Demokratie wird vielmehr häufig eher in unkonventionellen Partizipationsformen jenseits demokratischer Wahlen gesehen, also etwa in Formen direkter Demokratie, der Teilnahme an Demonstrationen, der Arbeit in Bürgerinitiativen oder auch in Aktionen zivilen Ungehorsams. Insbesondere in Bezug auf die jüngere Generation wird dabei häufig unterstellt, dass diese den unkonventionellen Partizipationsformen besonders positiv – und den konventionellen wie demokratischen Wahlen besonders kritisch – gegenüber stehen sollte. Beides ist jedoch nicht der Fall, wie *Marcus Spittler* in seinem Beitrag zeigt. Tatsächlich unterscheiden sich ‚junge‘ und ‚alte‘ Erwachsene kaum in ihren Einstellungen in Bezug auf alternative Partizipationsformen. Im Gegenteil: Die Jungen sehen alternative Beteiligungsformen sogar etwas kritischer als die Älteren. Allerdings, und das ist die nicht so gute Nachricht, speist sich diese vergleichsweise hohe Unterstützung für konventionelle Wahlen nicht zuletzt aus niedrigen Erwartungen. Die Jungen sehen auch deshalb Wahlen nach wie vor vergleichsweise positiv, weil sie sich einerseits nicht allzu viel von ihnen erwarten und andererseits der Wunsch nach mehr Partizipation jenseits von Wahlen erstaunlicherweise unterdurchschnittlich ausgeprägt ist.

Die Attraktivität von demokratischen Wahlen speist sich nicht zuletzt aus zwei Dingen: der Attraktivität der zur Wahl stehenden programmatischen und personellen Alternativen und dem Gefühl, durch den Wahlakt etwas verändern zu können. Nicht ganz unwichtig für die perzipierte Legitimität demokratischer Wahlen dürfte im Nachgang einer Wahl daher auch sein, was aus der Wahlentscheidung wird, wie sich die Gewählten also im Parlament, in Regierung und Opposition, verhalten. Dieser bislang eher unterbelichteten Frage widmen sich *Theres Matthieß* und *Sven Regel* in ihrem Beitrag zu „Konflikt und Kooperation im Parlament“. Gerade in Zeiten zunehmender gesellschaftlicher Polarisierung stellt sich die Frage, ob sich diese Polarisierung auch auf das Parlament überträgt – und vor allem, wie die Bürgerinnen diese Frage legitimatorisch bewerten. Wünschen sie sich eher Kompromissbereitschaft zwischen den Akteuren einer Regierung oder innerhalb eines Parlaments oder steigt mit der Polarisierung auch die Erwartung an kompromisslose Oppositionsarbeit innerhalb und außerhalb der Regierung? Interessanterweise wünschen sich die Bundesbürgerinnen insgesamt eine eher konsensorientierte Opposition im Bundestag (eine Ausnahme stellen hier allerdings die Anhängerinnen der Linkspartei, aber vor allem jene der AfD dar); zugleich würden sie eine größere Konfliktbereitschaft zwischen Koalitionspartnern innerhalb einer Regierung begrüßen. Inwieweit hier lähmende Effekte langjähriger großer Koalitionen eine Rolle spielen, kann nur spekuliert werden. Klar scheint in

jedem Fall, dass die in großen Teilen der Bevölkerung unterstützte Forderung nach der Durchsetzung von Parteipositionen auf Kosten von Koalitionskompromissen zumindest ambivalent für die Legitimität einer Regierung sein kann, weil die innerkoalitionäre Auseinandersetzung vor die koalitionäre Stabilität, Kommissfähigkeit und Regierungsfähigkeit gesetzt wird.

Nun speist sich die Legitimität und Attraktivität von Wahlen und Parteien nicht nur aus der Handlungsorientierung letzterer nach der Wahl. Ob Bürgerinnen überhaupt zur Wahl gehen und welche Parteien sie dann wählen, ist von vielen weiteren Faktoren abhängig. Mit Blick auf die eher ‚konfliktorientierten‘ Wählerinnen der Linkspartei und der AfD widmet sich *Werner Krause* in seinem Beitrag der Frage, ob und inwiefern die Wahl dieser eher moderat oder eher stark populistischen Parteien mit Strukturen sozioökonomischer Ungleichheit erklärt werden kann. Tatsächlich, so das Ergebnis, erklärt vor allem das Zusammenspiel von objektiver ökonomischer Lage, subjektiver Deprivationsperzeption und der Sorge um die eigene Zukunft das Wahlverhalten. Letzteres – die Zukunftssorge – spielt offenkundig vor allem für die Wählerinnen der AfD eine relevante Rolle, die selbst häufig gar keine eigene Deprivation erfahren haben. Legitimitätseinschätzungen in Bezug auf die sogenannten etablierten Parteien besitzen hingegen einen eher marginalen Effekt für die Wahlentscheidung. Mit anderen Worten: Die Wahl von Herausfordererparteien wie der Linkspartei oder der AfD erklärt sich nicht so sehr aus einer sinkenden Legitimität der etablierten Parteien, sondern eher aus mit sozialer Ungleichheit verknüpften Ängsten und Erfahrungen einerseits sowie inhaltlichen Präferenzen für mehr Umverteilung (Die Linke) beziehungsweise weniger Zuwanderung (AfD) andererseits. Unter Legitimitäts Gesichtspunkten ist das *per se* keine schlechte Nachricht, bedeutet es doch auch, dass durch politische Entscheidungen die Attraktivität insbesondere der systemkritischen Herausfordererpartei AfD auch wieder gesenkt werden kann.

Dass sozioökonomische Fragen eng mit der Legitimität der bundesdeutschen Demokratie zusammenhängen, zeigen auch *Frederik Beck* und *Sascha Kneip* in ihrem Beitrag. Allerdings lenken sie den Blick weg von individuellen Einstellungen hin zu der Frage, wer in der Demokratie eigentlich befugt sein sollte, relevante politische Entscheidungen zu treffen – und was es für die Legitimität der Demokratie und den Legitimitätsglauben der Bevölkerung bedeutet, wenn diese Entscheidungen nicht von den dafür vorgesehenen Akteuren getroffen werden. Am Beispiel der Wirtschafts- und Finanzpolitik zeigen sie, dass gerade in diesem Politikbereich das Prinzip demokratischer Souveränität nicht mehr uneingeschränkt gilt – mit entsprechend negativen Folgen für die Legitimität der handelnden Akteure und der Demokratie insgesamt. Die ‚Macht der Märkte‘ wird von den Bürgerinnen mit deutlichem Unbehagen betrachtet. Überdies glauben viele von ihnen weder, dass



sie hinreichend Einfluss auf politische Entscheidungen nehmen können, noch, dass die getroffenen Entscheidungen durchweg von den richtigen, dafür legitimierten Akteuren zum Wohl der Allgemeinheit getroffen werden. Allerdings – und dies ist die positive Nachricht – werden die begrenzten Einflussmöglichkeiten von Parlament und Regierung in der Wirtschafts- und Finanzpolitik von den Bürgerinnen durchaus realistisch eingeschätzt; tief greifende Enttäuschungen auf Seiten der Bürgerinnen über mangelnde Einflussmöglichkeiten der Politik lassen sich bislang nicht feststellen. Kurzfristig sind mit diesen Befunden daher auch noch keine Legitimitätsprobleme verknüpft; mittel- und langfristig verlangt das neue Unbehagen an gemeinwohlabträglicher Politikabstinz in Marktregulierungsfragen aber wohl auch neue Antworten der Politik.

Träger solcher neuer Antworten müssen in einer Parteiendemokratie wie der bundesdeutschen zuallererst die Parteien selbst sein. Allerdings zeigt sich nicht zuletzt an abnehmenden Parteibindungen und schwindenden Identifikationen mit politischen Parteien eine zunehmend schwächer werdende gesellschaftliche Verankerung dieser Parteien. *Robert Vehrkamp* und *Lars Bischoff* fragen in ihrem Beitrag, ob mit der abnehmenden positiven Parteiidentifikation auch die Zunahme von negativen Parteiidentifikationen verknüpft ist – ob also ‚Antihaltungen‘ gegenüber Parteien (und nicht nur abnehmendes Interesse an ihnen) das Wahlverhalten bestimmen und was dies potenziell für die Legitimität der bundesdeutschen Demokratie bedeutet. Ihre Analyse liefert ein differenziertes Bild: Zwar sind negative Parteiidentifikationen unter den deutschen Wählerinnen weiter verbreitet als positive, jedoch bleiben solche Personen, die gegenüber *allen* demokratischen Parteien eine solche Antihaltung einnehmen, eine kleine Minderheit. Problematisch bleibt, dass es sich bei dieser Gruppe um Personen mit deutlich illoyalen Einstellungen zur Demokratie handelt. Solange diese Gruppe aber nicht wächst und an Relevanz gewinnt, stellt sie kein größeres Problem für die bundesdeutsche Demokratie und ihre Legitimität dar. Antihaltungen gegenüber Parteien, denen man selbst nicht nahesteht, sind in der Demokratie im gewissen Sinne erwartbare Folgen eines pluralen Parteiensystems. Problematisch würden diese ablehnenden Haltungen erst dann, wenn sie von einem relevanten Teil der Bürgerinnen auf alle demokratischen Parteien gerichtet würden. Davon ist die Bundesrepublik aber noch ein gutes Stück weit entfernt. Gleichwohl beleuchten die Ergebnisse einmal mehr den schweren Stand, den Parteien in der Bundesrepublik gegenwärtig haben.

Wie sich aus demokratieilloyalen Einstellungen „illiberal-demokratische“ Legitimitätsformen entwickeln können, untersucht *Seongcheol Kim* in seinem Beitrag. Anhand aktueller europäischer Beispiele sowie solchen des Bundestagswahlkampfes 2017 zeigt er, wie interessierte Akteure versuchen, die Demokratie „illiberal“ umzudeuten beziehungsweise neu zu konzeptualisieren, indem demokratische

Geltungsansprüche – Volkssouveränität – gegen die liberale Komponente der liberalen Demokratie – Rechtsstaatlichkeit, Individual- und Gruppenrechte – ausgespielt werden. Konzeptuell umfasst dieser Versuch der „illiberalen Neugründung“ von Demokratie dabei alle Phasen des politischen Prozesses. So werden in der Input-Dimension direktdemokratische Partizipationsformen gegen die Geltung von (Minderheiten-)Rechten in Stellung gebracht, in der Throughput-Phase Oppositionsrechte zugunsten der jeweiligen Regierungsmehrheit missachtet, wenn illiberale Akteure die Regierungskoalition dominieren. Hinsichtlich des demokratischen Outputs wird die Durchsetzung nationaler Interessen – gerade in vermeintlichem Gegensatz zu rechtsstaatlichen oder völkerrechtlichen Normen – als oberstes Ziel demokratischer Politik proklamiert. In Bezug auf die Bundesrepublik zeigt der Beitrag anhand einer Analyse deutscher Parteiprogramme zur Bundestagswahl 2017, dass insbesondere die AfD-Forderung nach „Volksabstimmungen nach Schweizer Vorbild“ in illiberaler Manier gegen den „Islam“ als undifferenzierte Bedrohungserrscheinung konstruiert wird und damit exemplarisch für die illiberale Konstruktion einer sonst weitverbreiteten demokratischen Input-Legitimitätsnorm steht.

Die Frage der Volkssouveränität steht im gewissen Sinne auch im Mittelpunkt des Beitrags von *Heiko Giebler*. Dieser fragt genauer danach, wie und durch wen gute Entscheidungen in der Demokratie zustande kommen und inwiefern die Perzeption der Entscheidungsverfahren durch die Bürgerinnen zum Legitimitätsglauben der Herrschaftsunterworfenen und zur Legitimität der Demokratie insgesamt beitragen. Der Beitrag unterscheidet zwischen drei Handlungslogiken – einer repräsentativen, einer technokratischen und einer bevölkerungsorientierten – und zwei Gruppenebenen – der Bevölkerung und den politischen Eliten. Im Ergebnis zeigt sich, dass die Bevölkerung wie die Elite Entscheidungen dann für besonders legitim halten, wenn die Bevölkerung an ihr beteiligt war. Während die Bevölkerung die Beteiligung von Expertinnen ebenfalls für wichtig hält, sehen Eliten hier die Beteiligung demokratischer Repräsentantinnen – also von ihnen selbst – als wichtiger an. Während die Anhängerinnen der AfD und zum Teil auch der Partei Die Linke hier eine deutlich bevölkerungsorientierte Perspektive einnehmen, dominiert bei Anhängerinnen der Unionsparteien die repräsentative, aber auch die technokratische Perspektive. Wie schon in anderen Beiträgen dieses Bands zeigt sich auch hier, dass der Abgleich der Wirklichkeit mit dem Gewünschten überaus relevant ist für die allgemeine Demokratiezufriedenheit der Bürgerinnen: Stimmen Wunsch und Wirklichkeit nicht überein, sinkt die Demokratiezufriedenheit drastisch – insbesondere dann, wenn die Beteiligung der Bevölkerung als weniger stark wahrgenommen wird, als sie sein sollte. Hinter diesem Befund steckt nicht nur der Wunsch nach mehr direktdemokratischer Beteiligung; in ihm kommt

ebenso die Erwartung an eine höhere Responsivität der Eliten sowie an mehr Gemeinwohlorientierung der Politik zum Vorschein.

Nun ist Gemeinwohlorientierung ein durchaus schwieriger Begriff. Einerseits ist er angesichts pluraler Interessen und Lebenslagen in modernen Gesellschaften nur schwer konkret zu definieren, andererseits darf er nicht als eine Orientierung an der Mehrheitsgesellschaft oder an der Medianwählerin missverstanden werden. Unter liberaldemokratischen Gegebenheiten kann er überhaupt nur als eine *Maxime* verstanden werden, die „equal concern and respect“ (Dworkin 1977) für jedes Mitglied der liberalen Demokratie verlangt. Was das konkret für die Bundesrepublik im Jahr 2019 bedeuten könnte, untersucht *Vanessa Wintermantel* in ihrem theoriegeleiteten Beitrag. Aus ihrer Perspektive bemisst sich demokratische Legitimität am Ausmaß, in dem es einer Gesellschaft gelingt, der Pluralität moderner Gesellschaften – sowohl im Sinne der vielfältigen sozialen Zugehörigkeiten ihrer Mitglieder als auch angesichts der Vielfalt ihrer Meinungen, Interessen und Positionen – gerecht zu werden. Legitimitätsprobleme treten besonders dann auf, wenn politische Beteiligungs- und gesellschaftliche Teilhabechancen durch soziale Zugehörigkeit vorbestimmt (und ungleich verteilt) sind, und/oder wenn Teile der (Mehrheits-)Bevölkerung aktiv eine Ungleichbehandlung anderer Mitglieder der Gesellschaft fordern. Während die Daten des Demokratiemonitors einerseits eine hohe abstrakte Zustimmung zu den Prinzipien des Pluralismus in der deutschen Bevölkerung ausweisen, zeigen sie auch, dass ein gutes Drittel der Befragten eine Schlechterstellung zugewanderter Personen für durchaus vertretbar hält. Auch hinsichtlich der Frage, ob man Migrantinnen das Recht zugestehen sollte, ihre Sprache und Kultur beizubehalten, sind die Zustimmungswerte deutlich geringer als in Bezug auf die abstrakten Pluralismuswerte. Kognitive Dissonanzen zumindest in Teilen der deutschen Bevölkerung lassen sich also keineswegs verleugnen.

Die institutionelle Verarbeitung individueller kognitiver Dissonanzen ist in der liberalen Demokratie vor allem dem Rechtsstaat, aber auch den beiden anderen zentralen demokratischen Institutionen Parlament und Regierung übertragen. Idealerweise soll die Verarbeitung der bevölkerungsseitig formulierten *wants* und *demands* arbeitsteilig vonstattengehen: Legislative, Exekutive und Judikative mit ihren je spezifischen Funktionen im demokratischen Regierungssystem sollen aus ihnen Politikergebnisse formulieren, implementieren und gegebenenfalls auf ihre Verfassungsmäßigkeit hin überprüfen. Das passiert nicht immer geräusch- und reibungslos, wie die immer wiederkehrenden Debatten über eine vermeintliche „Justizialisierung der Politik“, eine „Politisierung der Justiz“ oder eine zunehmende Dominanz der Exekutive auf Kosten des Parlaments zeigen. *Saara Inkinen* und *Sascha Kneip* untersuchen in ihrem Beitrag, ob diese Debatten für die Bundesrepublik ihre Berechtigung haben und wie es um die Legitimität der Gewaltenteilung

im Jahr 2019 tatsächlich bestellt ist. Sie können zeigen, dass die gewaltenteiligen Institutionen insgesamt gut miteinander interagieren und dass auch in der Bevölkerung ein hoher Legitimitätsglaube hinsichtlich ihres Funktionierens vorhanden ist. Allerdings sehen die Bürgerinnen durchaus Defizite, wenn auch auf niedrigem Niveau, in der Unabhängigkeit der Justiz und einer zu starken Dominanz der Exekutive – zwei Befunde, die insbesondere bei kritischen Bürgerinnen die Legitimitätszuschreibung merklich senken.

Jenseits des Funktionierens zentraler repräsentativer Akteure, das wurde in mehreren der hier versammelten Beiträge deutlich, hängt der von den Bürgerinnen bekundete Legitimitätsglaube stark mit der Möglichkeit zusammen, direkt partizipieren zu können, Responsivität von gewählten Repräsentantinnen zu erfahren oder zumindest das Gefühl vermittelt zu bekommen, dass sich Politik (auch) an Gemeinwohlbelangen ausrichtet. *Pola Lehmann* und *Claudia Ritzi* untersuchen in ihrem Beitrag genauer, wie sich direkte Demokratie konkret auf die Generierung von Legitimitätsglauben auswirkt. Sie zeigen einerseits, dass der Wunsch nach mehr direktdemokratischer Teilhabe quer durch alle sozioökonomischen Milieus, Altersgruppen oder Herkunftsregionen (Ost-West) weitverbreitet ist. Trotz (oder wegen) der mangelhaften institutionellen Ausgestaltung direktdemokratischer Elemente auf Bundesebene und unterschiedlich ausgebauter Mitbestimmungsmöglichkeiten auf Länder- und Kommunalebene gilt die demokratische Sehnsucht vieler Deutscher dem Ausbau direktdemokratischer Elemente. Allerdings führen Wunsch und institutioneller Mangel, das ist die zweite zentrale Erkenntnis des Beitrags, nicht notwendigerweise zu einer Abnahme des Glaubens an die Legitimität der Demokratie. Ob Personen dem System Legitimität zuschreiben oder nicht, ist vielmehr abhängig von der Zufriedenheit mit den Leistungen der repräsentativen Institutionen. Wer mit den Leistungen von Parlamenten, Regierungen oder ‚der Politik‘ im Allgemeinen zufrieden ist, der entzieht der Demokratie trotz enttäuschter Erwartungen in Bezug auf direkte Teilhabe nicht die Unterstützung. Legitimitätsprobleme entwickeln und benennen hingegen solche Bürgerinnen, die den repräsentativen Institutionen misstrauen und sich stattdessen eine Besserung mittels direktdemokratischer Elemente erhoffen. Der Wunsch nach mehr direkter Demokratie speist sich also vor allem aus der Unzufriedenheit mit den Leistungen (partei-)politischer, repräsentativer Akteure.

Allerdings beruht die Legitimität (bzw. die im Legitimitätsglauben zum Ausdruck kommende perzipierte Legitimität) der bundesdeutschen Demokratie nicht nur auf Akteuren und Institutionen, sondern auch auf konkreten Politikergebnissen und *Policies*. Zentrale Bedeutung kommt hier theoretisch wie empirisch dem Sozialstaat als Quelle von Legitimität zu, wie *Kilian Lüders* und *Wolfgang Schroeder* in ihrem Beitrag zeigen. Der Sozialstaat stellt ein notwendiges Element einer modernen

Demokratie wie der bundesdeutschen dar, weil er, seinem normativen Anspruch nach, gleiche Chancen und Ermöglichungsbedingungen für alle Bürgerinnen schaffen und diese in die Lage versetzen soll, als *Citoyens* agieren zu können – als gleiche Staatsbürgerinnen also, die aktiv an der Gestaltung des Gemeinwesens teilnehmen. Funktionierende Demokratie ist ohne eine wie auch immer institutionalisierte Art von Sozialstaatlichkeit also nicht zu denken. Empirisch hingegen sind die Zugangsbedingungen, Leistungen und Institutionen des Sozialstaats dauerhafter Gegenstand von Konflikten und Aushandlungsprozessen – und damit auch indirekt permanenter Gegenstand der Produktion von Legitimität respektive von deren Entzug. Konkret zeigt sich in den Daten des Demokratiemonitors, dass die Bundesbürgerinnen zwar insgesamt mit dem Sozialstaat bundesdeutscher Prägung eher zufrieden sind, dass jedoch einzelne Bereiche, wie etwa die Rente oder die Pflegebedingungen, als deutlich defizitär wahrgenommen werden. Umstritten sind auch mögliche zukünftige Transformationen des Sozialstaats, sei es mit Blick auf die Institutionalisierung eines bedingungslosen Grundeinkommens oder die Gewährung sozialstaatlicher Leistungen für immigrierte Personen. Zwar lässt sich aus den zum Teil niedrigen Legitimitätsdaten zum Sozialstaat derzeit kein akutes Problem für die Akzeptanz der Demokratie in Deutschland insgesamt ableiten. Deutlich wird aber schon, dass die zu erwartenden Debatten über die Zukunft des Sozialstaats auch die Einstellungen der Bürgerinnen zur Demokratie tangieren werden. Die Verarbeitung sozialstaatlicher Herausforderungen scheint eine Schlüsselrolle auch für die zukünftige Akzeptanz der Demokratie insgesamt zu spielen.

Wie es um diese Gesamtakzeptanz der Demokratie im größeren Maßstab derzeit bestellt ist, untersucht schließlich *Alexander Schmotz* in seinem Beitrag zu *democratic backsliding*. Konkret fragt er danach, ob und inwiefern demokratische Legitimität, wie sie in diesem Band definiert ist, und der Verfall demokratischer Institutionen zusammenhängen. Über die Daten des Demokratiemonitors und den singulären Fall Deutschlands hinausgehend, zeigt er für ein Sample von insgesamt 32 Ländern, dass hohe empirische Legitimität tatsächlich demokratischem Verfall vorbeugen kann. Schmotz misst demokratische Legitimität mittels der wahrgenommenen Qualität von Demokratie, der empfundenen generellen Wichtigkeit von Demokratie als Regierungsform und der tatsächlichen demokratischen Qualität einer Demokratie (gemessen über Expertenurteile). In gut funktionierenden Demokratien trägt ein hoher Legitimitätsglaube dazu bei, das Abrutschen demokratischer Institutionen in defizitäre Bereiche zu verhindern. Sinkt der Legitimitätsglaube, kommt es eher zu *democratic backsliding*. Das gilt umso stärker dann, wenn Demokratie als Regierungsform prinzipiell als weniger wichtig erachtet wird. Dann sind die Bürgerinnen zwar mit weniger Demokratie zufrieden, reagieren aber, wenn sie enttäuscht werden, scheinbar umso heftiger und gestatten ein höheres Ausmaß

demokratischen Verfalls. Ausschlaggebend ist also nicht nur, ob die Bürgerinnen mit ihrer Demokratie zufrieden sind, sondern auch, welchen Stellenwert sie der Demokratie als solcher beimessen. Schließlich zeigt sich, dass der Zusammenhang von Legitimitätsglauben und dem Verfall demokratischer Institutionen in weniger demokratischen Ländern weniger stark ausgeprägt ist: Je schwächer Demokratie ausgeprägt ist, desto weniger entscheidend ist der demokratische Legitimitätsglaube der Bürgerinnen für die politische Entwicklung.

Unser Band unterscheidet sich von den prominenten Legitimitätsanalysen der 1970er Jahre und den Studien von Martin Greiffenhagen (1997) in zweifacher Hinsicht. Zum einen streift unsere Studie einen ökonomischen Bias ab und begreift keineswegs die (kapitalistische) Ökonomie als die primäre Sphäre, in der die Legitimitätsprobleme des politischen Systems allein oder auch nur primär ausgelöst werden (Offe 1972; Habermas 1973; O'Connor 1973). Sie folgt auch nicht der neo-konservativen Sichtweise der Trilateralen Kommission (Crozier et al. 1975), dass der sozialpolitisch und partizipatorisch überlastete Staat aufgrund dieser Überforderung durch Staatsaufgaben und Partizipationszumerkungen in eine legitimatorische Schieflage gerät. Das Gegenteil scheint der Fall zu sein (Greiffenhagen 1997; siehe auch Kap. 14). Zum anderen legt sie einen gereiften Legitimitätsbegriff vor, der die normative Dimension der Legitimität mit dem subjektiven Legitimitätsglauben der Bürgerinnen verbindet. Das ist, was wir demokratische Legitimität nennen. Diese legen wir den Analysen unseres Bands zugrunde.

## Literatur

- Beck, Ulrich. 1986. *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*. Frankfurt am Main: edition suhrkamp.
- Blühdorn, Ingolfur. 2013. *Simulative Demokratie. Neue Politik nach der postdemokratischen Wende*. Frankfurt am Main: edition suhrkamp.
- Brühlmeier, Daniel, und P. Mastronardi, Hrsg. 2016. *Demokratie in der Krise: Analysen, Prozesse und Perspektiven*. Zürich: Chronos Verlag.
- Crouch, Colin. 2004. *Post-democracy*. Cambridge: Polity Press.
- Crozier, Michel J., S. P. Huntington, und J. Watanuki. 1975. *The Crisis of Democracy. Report on the Governability of Democracies to the Trilateral Commission*. New York, NY: New York University Press.
- Democracy Barometer. 2018. [http://www.democracybarometer.org/documentation\\_en.html](http://www.democracybarometer.org/documentation_en.html). Zugegriffen: 20. August 2019.
- Dworkin, Ronald. 1977. *Taking Rights Seriously*. Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Fukuyama, F. 1989. The End of History? *The National Interests* 16: 3–18.